

# Niederschrift

über die 65. Sitzung des Stadtrates Wörth a. Main am 13. März 2013

Zu der Sitzung waren alle Stadträte ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind der Erste Bürgermeister und 19 Stadtratsmitglieder. Stadtrat Wicha fehlte entschuldigt.

Ferner waren anwesend: VR Firmbach, Stadtkämmerer (bis TOP 8)  
Herr Bauer, Herr Gehlert (Büro Ritter+Bauer, bei TOP 3)  
VAng. Walter Eppig (bei TOP 4)  
Herr Sumpf (Grund- und Mittelschule, bei TOP 4)  
Herr Krenz, Frau Uhl (OGS, bei TOP 4)  
VR A. Englert, Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1 – 8, nichtöffentlich ab TOP 9 und dauerte von 19.00 Uhr bis 22.30 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

---

## 1. Bürgerfragestunde

Während der Bürgerfragestunden wurden keine Anliegen an den Stadtrat herangetragen.

## 2. Genehmigung der Niederschrift über die Stadtratssitzung am 06.02.2013

Der Stadtrat beschloß, die Niederschrift über die Stadtratssitzung am 06.02.2013 zu genehmigen.

## 3. Generalsanierung der Grund- und Mittelschule - Sachstandsbericht und Beratung möglicher Handlungsalternativen

Das Büro Ritter+Bauer, Aschaffenburg, hat mit den Planungen für die Generalsanierung der Grund- und Mittelschule begonnen. Am 04.03. hat bei der Regierung von Unterfranken eine ausführliche Besprechung zur Klärung des maßgeblichen Raumprogramms und der förderrechtlichen Rahmenbedingungen stattgefunden. Danach kann festgestellt werden, daß die Gesamtmaßnahme insgesamt förderfähig ist, also keine Gebäudeteile ausgeklammert bleiben. Notwendig sind noch einige Anpassungen hinsichtlich der Größe und Nutzung einzelner Räume.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.02.2013 war erneut die Frage möglicher Handlungsalternativen aufgeworfen worden. Herr Bauer und Herr Gehlert vom Büro Ritter+Bauer waren während der Sitzung anwesend und erläuterten den aktuellen Planungsstand.

Danach wurden als Alternativen zu einer Generalsanierung sowohl ein Neubau als auch eine Planung untersucht, bei der aus Brandschutzgründen das oberste Geschoß abgebrochen und durch einen seitlichen Anbau ersetzt wird. Dabei haben sich folgende Eckpunkte ergeben:

### **Neubau**

Baukosten incl. Abbruch, ohne Kosten der Auslagerung: 10,0 Mio. €

Vorteile:

Kompakte Bauweise

Geringere Betriebskosten durch kleinere Flächen

Schulbetrieb nicht beeinträchtigt

Kürzere Bauzeit

Nachteile:

Hohe Investitionen

Auslagerung nicht förderfähig

Raumgrößen gem. Standardraumprogramm kleiner als bislang  
Kleine Pausenhalle (160 m<sup>2</sup>)  
Sicherung und Integration der beizubehaltenden Heizzentrale

#### **Teilabbruch/Teilneubau**

Baukosten incl. Abbruch 8,7 Mio. €

Vorteile:

Reduzierung der Betriebskosten im Neubau  
Neubau ohne Unterbrechung des Schulbetriebes

Nachteile:

Hohe Investitionskosten  
Raumgrößen im Neubau gem. Standardraumprogramm kleiner als bislang  
Längere interne Wegeführung  
Beeinträchtigung des Schulbetriebs  
Verluste der Außenwirkung zum Straßenraum  
Überbauung von Freiflächen

#### **Generalsanierung**

Baukosten: 6,7 Mio. €

Vorteile:

im Vergleich günstige Investitionskosten  
Großzügige Raumgrößen  
Multifunktionale Nutzung des überdachten Innenhofes  
Reduzierung der zu dämmenden Hüllflächen  
Langfristige Finanzierung durch Bauabschnitte  
Freiflächen unangetastet  
Städtebauliche Situation wie bisher

Nachteile:

Beeinträchtigung des Schulbetriebs  
Bauzeitverlängerung durch Bauabschnitte  
Erhöhter Koordinationsaufwand

Nach Abwägung aller Gesichtspunkte schlug Herr Bauer die Durchführung einer Generalsanierung vor. Dabei betonte er, daß aufgrund der derzeitigen Bearbeitungstiefe alle genannten Kosten die Qualität einer Kostenschätzung und nicht einer Kostenberechnung aufweisen. Detailliertere Aussagen könnten erst bei einer intensiveren Planung erwartet werden.

Herr Bauer stellte die Konzeption für die Verteilung des genehmigten Raumprogramms vor. Danach sollen im Erdgeschoß im wesentlichen Verwaltungs- und Fachräume untergebracht werden. Die Grundschule soll im 1. OG und die Mittelschule im 2. OG ihre Heimat finden. Die sechs Räume im Anbau werden ebenfalls weiterhin genutzt, wobei die spätere Zuordnung der konkreten Funktionen berücksichtigen muß, daß nur das mittlere Geschoß barrierefrei ist.

Der untere Zugang zur Schule soll in Hinblick auf die Lage der Parkplätze und der weiteren Einrichtungen (Sporthalle, OGS, Hallenbad) aufgewertet werden. Das Atrium soll komplett überdacht werden, um eine großzügige, multifunktionell nutzbare Pausenhalle zu gewinnen.

Gegenüber einem Neubau-Standardraumprogramm blieben der Schule Mehrflächen in einem Umfang von 304 m<sup>2</sup> erhalten. Dennoch erreichen die geschätzten Sanierungskosten nicht den rechnerischen Förderhöchstwert, sodaß die Maßnahme auch aus Sicht der Regierung von Unterfranken insgesamt förderfähig ist.

Stadtrat Lenk verwies auf sinkende Schülerzahlen. Er kritisierte das Vorhandensein aller Fachräume, obwohl der Schulverbund hier hätte Einsparungen erbringen sollen. Bgm.

Dotzel, Herr Bauer und Rektor Sumpf bezeichneten die Fachräume insgesamt als notwendig, um die Lehrpläne jeweils jahrgangsgerecht erfüllen zu können. Bisherige Doppelnutzungen könnten entfallen.

Stadtrat Wetzel befürchtete erhebliche Mehrkosten im Fall einer Sanierung. Herr Bauer verwies darauf, daß die Kostenschätzung für diese Variante auf der Basis fortgeschriebener Erfahrungswerte tatsächlich durchgeführter Maßnahmen erstellt wurde.

Stadtrat Ferber fragte an, inwieweit Störungen des Schulbetriebs bei einer Ausführung in Bauabschnitten vermieden werden können und wie sich eine Bauzeitverlängerung auf die geschätzten Kosten auswirken. Herr Bauer benannte als wesentliche Maßnahmen die Durchführung lärmintensiver Arbeiten in den Ferienzeiten, eine sorgfältige bauliche Abgrenzung des Bauabschnitts von der Restschule sowie eine intensive Abstimmung mit der Schulleitung, um auf die organisatorischen Notwendigkeiten des Schulbetriebs reagieren zu können. Die Frage der Kostenentwicklung sei im wesentlichen abhängig von den Rahmenbedingungen der Bauwirtschaft insgesamt.

Stadtrat Oettinger fragte angesichts der aktuellen Geburtenzahlen und der unklaren schulpolitischen Situation an, wie lange der Bestand der Mittelschule in Würth gewährleistet sei. Bgm. Dotzel verwies auf die relativ deutlich schwankenden Geburtenzahlen in den einzelnen Jahrgängen und die tendenziell sinkenden Schülerzahlen je Klasse. Aus seiner Sicht seien das Gebäude und seine Substanz in jedem Fall zu erhalten. Eine Sanierung eröffne auch die Möglichkeit, Zuwanderungspotentiale zu nutzen. Zudem gewinne das Thema Inklusion zunehmend an Bedeutung.

Stadtrat Stappel plädierte für einen Erhalt des Schulstandorts. Eine Sanierung des Gebäudes im Bestand sei zwar schwierig, aber an anderen Orten auch erfolgreich durchgeführt worden. Maßgeblich sei eine sorgfältige Bauleitung. Dies könne auch den Eltern vermittelt werden.

Stadtrat Jens Marco Scherf regte an, das Ergebnis der Landtagswahl und ihre Auswirkungen auf die Schulpolitik abzuwarten.

Der Stadtrat faßte schließlich folgenden Beschluß:

Die Verwaltung und das Büro Ritter+Bauer werden beauftragt, für eine Generalsanierung der Grund- und Mittelschule eine Entwurfsplanung und eine Kostenberechnung zu erstellen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden freigegeben.

Ein Beschluß zur tatsächlichen Durchführung der Maßnahme ist damit nicht verbunden. Der Stadtrat behält sich vor, nach Vorlage der Entwurfsplanung und der Kostenberechnung über das weitere Vorgehen in jeder Richtung zu entscheiden.

#### **4. Offene Ganztageschule - Aufgabe der städtischen Trägerschaft ab dem SJ 2013/2014 und Auswahl eines Kooperationspartners**

Laut SR-Beschluss im Juni 2012 wurde die Schule/Verwaltung erstmals offiziell beauftragt, einen Kooperationspartner für die OGS zu suchen und die Rahmenbedingungen sowie die Finanzierung abzuklären. Hierzu sind hinsichtlich der Bewerberauswahl keine Vorgaben gemacht worden. Das „vorläufige“ Prüfergebnis wurde den Fraktionssprechern am 09.01.2013 bekanntgegeben. Es wurde zur Kenntnis genommen mit der Tendenz pro BRK. Verblieben wurde so, dass das Übernahmeinteresse weiterer Einrichtungen (z.B. AWO, Caritas) zu klären ist, bevor sich der SR abschließend mit der Sache befasst.

Nach der Fraktionssprechersitzung wurde unverzüglich Kontakt mit dem Caritas-bzw. AWO-Kreisverband und der Diakonie Würzburg aufgenommen. Der Caritas-Geschäftsführer, Herr Almitter, hat am 18.01.2013 mitgeteilt, dass der OGS-Betrieb kein Betätigungsfeld der Caritas ist und Abstand von einer Bewerbung genommen wird. Der Bereichsleiter der Diakonie Würzburg hat das dortige OGS-Konzept am 01.02.2013 im Rathaus vorgestellt und absolutes Übernahmeinteresse bekundet. Bei der AWO hat sich die Rückantwort wegen der Zuständigkeit des Bezirksverbandes und der Erkrankung der

Sachbearbeiterin verzögert. Bis zur HFA-Sitzung am 25.02.2013 lag nur ein Kurzkonzept, jedoch noch keine Kalkulation vor.

Die Verwaltung hat den HFA im Verlauf dieser Sitzung über die Kosten geeigneter Kooperationspartner bei einer vollständigen Übernahme der OGS informiert. Aufgrund der Informationen hat sich der HFA mit der Thematik befasst und einstimmig einen Empfehlungsbeschluss verfügt mit der Maßgabe, dass die Stadt die OGS-Trägerschaft ab dem Schuljahr 2013/2014 aufgibt und neuer Kooperationspartner ab diesem Schuljahr der BRK-Kreisverband sein soll. Ausschlaggebend dabei war insbesondere, dass das städtische Personal ausnahmslos übernommen wird und die Stadt Würth insofern ihre Arbeitnehmer vor Nachteilen aus dem „Betriebsübergang“ schützt bzw. deren Arbeitsplatz dauerhaft erhalten bleibt. Diese sog. Fürsorgepflicht ist eine Nebenpflicht des Arbeitgebers, die sich aus dem Arbeitsvertrag ergibt, die jedoch nicht gesetzlich geregelt ist. Die Finanzierung war beim Beschluss des HFA nicht unbedingt das Kriterium, zumal ein realistischer Kosten-/Leistungsvergleich mit Blick auf vorhandene Strukturen und Besonderheiten kaum möglich ist. Hinzu kommt, dass bei diesem Wettbewerb vorrangig die Verbesserung des Leistungsangebotes (pädagogisches Konzept und Qualität), weniger die Kostenseite wichtig ist. Fakt ist jedenfalls, dass die Verwaltung bei einer Vergabe nach außen spürbar entlastet wird und dadurch Personalressourcen besser genutzt bzw. eine Effizienz- und Effektivitätssteigerung erzielt werden. Unproduktivitäten können vermieden, Plus-/Überstunden und Mehrarbeit können abgebaut und die Zufriedenheit von Mitarbeitern messbar verbessert werden.

Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass die Verwaltung im Verlauf der Ausschuss-Sitzung betont hat, dass der AWO Bezirksverband Unterfranken e.V. wegen Krankheit der Bereichsleiterin bisher noch kein konkretes Angebot vorgelegt und insbesondere die Kostenabfrage vom 08.02.2013 noch nicht beantwortet hat. Inzwischen liegt jedoch ein Angebot der AWO vor, welches ausgewertet und in den Kooperationsvergleich eingearbeitet wurde.

Rein vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass die Übertragung der OGS nach außen mit Kosten für die Stadt Würth verbunden sein wird. Dies folgt daraus, dass das staatliche Budget von 26.500 € ausschließlich für den Personalaufwand der OGS (nur Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 10, ganztägiges Angebot an 4 Wochentagen) gewährt wird. Für die Betreuung der Grundschüler (Jahrgangsstufen 1 bis 4) stehen die Angebote der Mittagsbetreuung und verlängerten Mittagsbetreuung zur Verfügung. Dieses Zusatzangebot ist eine eigenständige Einrichtung des Sachaufwandsträgers (= Kommune) und bedingt sicherlich Zusatzkosten bei einer adäquaten Fortführung. Ob die seitherigen staatlichen Zuschüsse von 3.323/7.000 bzw. 9.000 € hierfür weitergewährt werden, bleibt abzuwarten.

Es ist davon auszugehen, dass die Stadt Würth a. Main auf Dauer ca. 35.000 € bei einer Kooperation bezahlen muss, aber unterm Strich dennoch ein gutes Kostenergebnis erreicht wird. Dies folgt daraus, dass der städtische Eigenanteil 61.680,52 € (= Lohnkosten 169.180,52 € ./ . Zuschüsse 107.500,00 €) im Schuljahr 2011/2012 betrug; im Schuljahr 2010/2011 mussten 80.309,62 € finanziert werden. Zudem stehen die Lohnkosten auch in direkter Abhängigkeit zu den Schülerzahlen. Das bedeutet, je mehr Schüler umso höhere Lohnkosten!

Nach alledem wird das BRK von der Schulleitung ausdrücklich favorisiert. Beide Seiten verfolgen eine gemeinsame Zielausrichtung, was jedoch keine Abwertung der übrigen Bewerber bedeutet. Der Schule ist daran gelegen, fortlaufend eine optimale Betreuung/Unterstützung unserer Schulkinder in Würth zu erzielen bzw. zu gewährleisten. Die Betreuung der Kinder über die Unterrichtskernzeiten hinaus, stellt heute einen wichtigen Standortfaktor einer jeden Kommune dar. Eltern entscheiden sich zunehmend nicht nur nach der Nähe und der Qualität der Schule, sondern auch nach dem Umfang und der Qualität der Ganztagsangebote.

Auf Anfrage mehrerer Stadtratsmitglieder bestätigte Walter Eppig als verantwortlicher Sachbearbeiter, daß der AWO die gleichen Informationen zur Bewerbung zugeleitet wurden wie den anderen Interessenten. In der weiteren Bearbeitung wurde deutlich, daß einige Detailfragen (Gestaltung der Vertragsverhältnisse zwischen Schule und Kooperationspartner bzw. Stadt und Kooperationspartner, Essensversorgung der Kindertagesstätten) noch zu klären sind.

Sowohl Herr Sumpf als Leiter der Grund- und Mittelschule als auch Herr Krenz als pädagogischer Leiter der OGS sprachen sich für eine Kooperation mit dem BRK aus.

Der Stadtrat fasste schließlich folgenden Beschluss:

- a) Die Stadt Würth a. Main gibt die Trägerschaft zum Schuljahr 2013/2014 auf.
- b) Der Stadtrat stimmt dem Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem BRK-Kreisverband Miltenberg-Obernburg zur Durchführung und Finanzierung der offenen Ganztagschule zu.
- c) Der Stadtrat wünscht ausdrücklich einen kontinuierlichen Informationsfluß zur OGS und ihrem Betrieb

#### **5. Freiwillige Feuerwehr - Beschaffung einer Drehleiter DLK 23/12 mit der Stadt Klingenberg a. Main**

Die bei der Freiwillige Feuerwehr Trennfurt vorhandene Drehleiter ist verbraucht und mit wirtschaftlichem Mitteleinsatz nicht mehr zu reparieren. Die Stadt Klingenberg beabsichtigt deshalb kurzfristig eine Ersatzbeschaffung. Nachdem sich der Kauf einer angebotenen gebrauchten Drehleiter als nicht sinnvoll erwiesen hat, soll nunmehr eine neue Leiter europaweit ausgeschrieben werden. Die Stadt Klingenberg hat bei der Stadt Würth wegen einer gemeinsamen Beschaffung der Leiter angefragt.

In der Stadt Würth sind mehrere Objekte und Wohnhäuser vorhanden, die im Ernstfall des Einsatzes einer Drehleiter bedürfen. Die Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist ist bei einer Anforderung der Drehleiter bei der ICO nicht sicher gewährleistet, sodaß die Stadt Würth ein eigenes Interesse an einem ortsnahen Fahrzeug hat.

Der Haupt- und Finanzausschuß hat diese Frage im Rahmen der Haushaltsberatungen am 25.02.2013 behandelt. Er hat einstimmig eine Beteiligung an der Beschaffung empfohlen. Bei der vorgesehenen Verteilung der Anschaffungskosten im Verhältnis der Einwohner entfällt auf die Stadt ein Anteil von ca. 110.000 €.

Der Stadtrat beschloß, der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zu folgen.

#### **6. Verbesserung des Bahnhofsbereichs - Durchführung eines Planungswettbewerbs**

Mit Schreiben vom 05.12.2012 hat die SPD-Stadtratsfraktion u.a. folgenden Antrag gestellt:

*„Die Stadtverwaltung und der Bürgermeister werden beauftragt, dem Stadtrat einen Entwurf eines Finanzierungs- und Zeitplans für die Umsetzung der Neugestaltung und Aufwertung des Bahnhofsumfeldes auszuarbeiten und dem Stadtrat zur Diskussion und Grundsatzentscheidung vorzulegen.“*

Der Bau- und Umweltausschuß war in seiner Sitzung am 04.02.2013 übereingekommen, die bisherigen Planungen für den Bahnhofsbereich, insbesondere das Entwicklungskonzept des Büros Böhringer, nochmals ausführlich zu beraten.

Bgm. Dotzel gab hierzu bekannt, daß nach intensiven Gesprächen mit der Regierung von Unterfranken eine Förderung aus Städtebauförderungsmitteln ausscheidet. Denkbar ist jedoch die Bezuschussung eines kleinen Architektenwettbewerbs zur Neugliederung des Planungsbereiches. Dieser umfaßt eine Fläche von ca. 8.000 m<sup>2</sup>. Im Falle der Verlegung der Pfarrer-Adam-Haus-Straße würden hierfür knapp 1.000 m<sup>2</sup> beansprucht.

Während der Beratung im Ausschuß wurde deutlich, daß insbesondere das Grundstück der Villa Luise alle Planungen erheblich beeinflußt und teilweise erschwert. Zudem wäre in weiteren Planungen zu untersuchen, inwieweit eine Verlegung der Straße auf Dauer sinnvoll ist oder ob andere Möglichkeiten einer Verknüpfung zwischen Bahn- und Busverkehr verwirklicht werden sollten. All dies kann von der Verwaltung selbst nicht geleistet werden.

Der Bau- und Umweltausschuß empfiehlt, für die Verbesserung und Neuordnung des Bahnareals zwischen der Verlängerung der Luxburgstraße und dem Parkplatz des Hofgutes einen beschränkten Planungswettbewerb durchzuführen. Hierfür sollen Haushaltsmittel in Höhe von etwa 50.000 € im Haushaltsplan 2013 vorgesehen werden. Die Verwaltung soll beauftragt werden, einen entsprechenden Zuwendungsantrag bei der Regierung von Unterfranken zu stellen.

Der Stadtrat beschloß, der Empfehlung des Bau- und Umweltausschusses zu folgen.

## **7. Bürgerhaus - Auftragsvergabe für die Sanierung der Fassade**

Das Bürgerhaus der Stadt in der Rathausstraße wurde in den Jahren 1985 und 1986 grundlegend saniert. Inzwischen sind an der Fassade einige Schadstellen aufgetreten, die eine größere Reparatur erforderlich machen. Hierfür hat die Verwaltung einem Auftrag des Bau- und Umweltausschusses vom 14.11.2012 folgend zwei Angebote eingeholt:

Fa. Löwen-Restaurierung, Erlenbach b. Marktheidenfeld	32.372,70 €
Fa. Verst, Seckmauern	43.020,67 €

Anträge auf finanzielle Unterstützung wurden beim Landkreis und beim Bezirk Unterfranken gestellt.

Der Stadtrat beschloß, den Auftrag an die wenigstnehmende Fa. Löwen-Restaurierung zu vergeben.

## **8. Anfragen**

- Stadtrat Dreher berichtete von Problemen im Umfeld des Jugendtreffs. Insbesondere rauchende Jugendliche führten zu Verschmutzungen auf dem angrenzenden Schulgelände. Bgm. Dotzel sagte zu, die Aufstellung von Aschebehältern zu prüfen.
- Auf Anfrage von Stadtrat Ferber gab Bgm. Dotzel bekannt, daß die Stadt die Zweifachsporthalle zur Ausbildung von Jugendleitern vergünstigt zur Verfügung stellen wird.
- Stadtrat Hofmann äußerte die Befürchtung, die geplante Errichtung von Windkraftanlagen könne aufgrund der ablehnenden Haltung insbesondere des Regionalen Planungsverbandes scheitern. Bgm. Dotzel berichtete, daß mehrere interessierte Kommunen und Stadtwerke ein einheitliches Vorgehen anstreben, um eine Öffnung der Landschaftsschutzgebiete an geeigneten Standorten zu erwirken. Zudem habe der Bezirkstag die Regierung aufgefordert, zu überprüfen, ob ein Zonierungskonzept für die Landschaftsschutzgebiete sinnvoll sei. Aus Sicht der Verwaltung werde das Vorhaben des EZV nach wie vor uneingeschränkt unterstützt.

Wörth a. Main, den 18.03.2013

Dotzel  
Erster Bürgermeister

A. Englert  
Protokollführer